



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 22. März 2022
Kantonsratspräsident Bossart Rolf

A 813 Anfrage Waldvogel Gian und Mit. über die Aufnahme von Flüchtenden und die humanitäre Unterstützung im Rahmen des Krieges in der Ukraine / Gesundheits- und Sozialdepartement

Die Anfrage A 813 wurde auf die März-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat ist mit der dringlichen Behandlung einverstanden. Der Rat stimmt der dringlichen Behandlung mit 113 zu 0 Stimmen zu.

Die Anfrage A 813, das Postulat P 815 von Karin Stadelmann über die systematische Erfassung von Unterkünften für Flüchtende im Kanton Luzern und die Intensivierung freiwilliger Begleitung und Betreuung von Flüchtenden im Alltag und das Postulat P 819 von Jörg Meyer über Bildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten für ukrainische Geflüchtete werden als Paket behandelt.

Gian Waldvogel, vertreten durch Samuel Zbinden, ist mit der Antwort des Regierungsrates nicht zufrieden und verlangt Diskussion.

Folgende Anträge liegen zum Postulat P 815 vor: Der Regierungsrat beantragt Ablehnung wegen Erfüllung. Karin Stadelmann hält an ihrem Postulat fest.

Folgender Antrag liegt zum Postulat P 819 vor: Der Regierungsrat beantragt Erheblicherklärung.

Samuel Zbinden: Der brutale, völkerrechtswidrige und sinnlose russische Angriffskrieg in der Ukraine macht uns alle sprachlos. Er macht wütend, er macht machtlos und betroffen. Das Leid der Menschen vor Ort und auf der Flucht ist unermesslich. Umso bewegend ist darum die aktuelle riesige Solidarität, die wir auf der ganzen Welt und auch hier im Kanton Luzern erleben für die Menschen in der Ukraine und gegen den Krieg. Zehntausende Menschen gehen in der Schweiz für den Frieden auf die Strasse, andere nehmen Menschen bei sich auf oder leisten Hilfe. Auch die Verwaltung – die Dienststelle Asyl- und Flüchtlingswesen (DAF) – hat wohl in den letzten Wochen einige Überstunden geleistet. Im Namen der Grünen und Jungen Grünen möchte ich mich bei allen Menschen im Kanton Luzern bedanken, die sich als Privatpersonen, als Mitarbeitende in der Verwaltung oder politisch für die Menschen in der Ukraine eingesetzt haben. Die Antwort auf die Anfrage von Gian Waldvogel zeigt auf, dass der Kanton Luzern bemüht ist, möglichst viele Plätze zu schaffen und die Menschen möglichst gut hier aufzunehmen, das begrüßen wir. Die Geflüchteten aus der Ukraine bekommen den erstmalig angewandten Schutzstatus S. Dieser bringt viele Vorteile mit sich und entbürokratisiert das Verfahren. Gleichzeitig ist dieser Status aber rückkehrorientiert, darum gibt es für diese Menschen keine Integrationsunterstützung durch den Bund. Natürlich hoffen wir alle, dass der Krieg in der Ukraine möglichst schnell vorbeigeht und die Menschen in ihre Heimat zurückkehren können. Aber leider, und dessen sind wir uns wohl alle bewusst, wäre es in der aktuellen Lage wohl wirklich naiv, einfach auf ein schnelles Ende dieses Leides zu hoffen. Es kann deshalb sehr gut sein, dass diese Menschen mehrere Jahre hier bleiben oder die Schweiz

sogar zu ihrer neuen Heimat wird, wie das im Jugoslawienkrieg bei vielen Menschen der Fall war. Es ist aus Sicht der G/JG-Fraktion deshalb zentral, diese Menschen bei der Integration zu unterstützen. Wir hoffen, dass der Kanton Luzern hier in die Bresche springt und die Integration unterstützt. Wir sind gespannt, dazu noch mehr zu hören. Wir danken der Regierung auch für die Antworten in Bezug auf die Rolle der Luzerner Kantonalbank (LUKB), der Pensionskasse und der Centralschweizerischen Kraftwerke (CKW) in Bezug auf Russland. Ich kann aber der Antwort nicht entnehmen, was die LUKB für Beteiligungen an russischen Unternehmen hat. Ich bin gespannt, dazu noch mehr zu erfahren. Noch eine allgemeine Bemerkung: Ich hoffe, dass der Kanton Luzern die Erfahrungen mit dem Schutzstatus S und dem unbürokratischen Aufnahmeverfahren nutzt, um die Hilfe für Schutzbedürftige, die aus Krieg und Leid zu uns fliehen, so gut wie möglich zu gestalten. Solidarität gilt nämlich für alle Geflüchteten, egal woher sie zu uns kommen. Kein Mensch ist illegal.

Karin Stadelmann: Ich danke der Regierung für die zügige Beantwortung meines dringlichen Postulats. Die täglichen Bilder des Krieges und der Flüchtenden bewegen uns alle emotional. Unser Kanton Luzern ist und wird in den nächsten Monaten noch stark gefordert. Die Aufnahme von Flüchtenden ist verbunden mit grosser Unsicherheit für die Regierung, für die involvierten Dienststellen, für den Zivilschutz, aber auch für diejenigen, die ihre Unterstützung und Hilfe nun seit Wochen anbieten. Sie alle haben das gleiche Ziel, nämlich möglichst schnell Unterstützung zu bieten, damit die Flüchtenden sich bei uns im Kanton Luzern in Sicherheit fühlen und Menschlichkeit spüren. Ich erkenne in der Antwort der Regierung, dass man aktiv dabei ist, sich um die Unterbringungen und um Unterstützungen zu kümmern. Die Mitarbeitenden der DAF arbeiten bis spät in die Nacht. Man setzt auf einen Krisenstab und hat gestern den First-Contact-Point in Betrieb genommen und sucht nach Notunterkünften und Kooperationen. Das zeigt, dass man auch Lehren aus der Flüchtlingskrise 2015/2016 gezogen hat. Es ist zudem sehr erfreulich, dass seit der Eingabe meines Postulats am 8. März 2022 so intensiv gearbeitet wurde. Die aktuellen Entwicklungen machen aber wenig Hoffnung darauf, dass sich die Lage in den nächsten Wochen entspannen könnte. Der Bund hat kommuniziert, dass 50 000 Flüchtlinge in die Schweiz kommen. Ein Teil davon wird in den nächsten Monaten und Wochen bei uns in Luzern sein. Aktuell sind es 30 Flüchtende pro Tag, und es werden mehr. Was tun wir nun? Die Politik sollte hier vorausschauend agieren. Nutzen wir all die Meldungen und die Hilfe, welche von Privaten und Freiwilligen für Unterbringungen angeboten werden. Schauen wir zu all denen, welche Unterbringungen anbieten, und helfen wir den Gemeinden, ihnen eine gute Koordination und ein Angebot anzubieten. Der Bund hat für die Flüchtlinge aus der Ukraine den Schutzstatus S ausgesprochen. Gemäss diesem besteht kein Anspruch auf Integrationsleistungen, die Kantone können aber eigene Integrationsleistungen vorsehen. Schaffen wir feste Strukturen im Alltag. Helfen wir den Kindern mit ihren traumatischen Erlebnissen. Das Einleben hier vor Ort im Alltag gilt es nun mit Ressourcen zu stärken. Die Beschulung der Kinder soll umgesetzt werden. Doch auch hier lautet die Frage: Wer macht diese Begleitung im Alltag? Die Lehrpersonen, die schon seit zwei Jahren mit Corona dauernd im Einsatz sind, und die Schulen, die mit Lehrermangel kämpfen? Wir können diese Begleitung nicht von den Lehrpersonen allein verlangen. Auch hier braucht es Freiwillige. Mir geht es um eine Intensivierung der Freiwilligenkoordination, um einen zielgerichteten Einsatz von Freiwilligen und um die Ressourcen, die dafür zu sprechen sind, dies damit alle, die helfen wollen, am richtigen Ort eingesetzt werden können und die Hilfe auch da ankommt, wo sie dringend gebraucht wird – bei den Flüchtenden, den Gemeinden, den Lehrpersonen und denjenigen, welche die Menschen bei sich aufnehmen. Ja, mir geht es auch um eine Wertschätzung der Freiwilligenarbeit und um einen zielführenden Einsatz dieser wichtigen Ressource. Wir wissen, dass wir etwas tun müssen. Tun wir also etwas. Ich halte an meinem Postulat fest.

Luzia Syfrig: Ich spreche zur Anfrage A 813 und zum Postulat P 815. Leider dauert der unsinnige Krieg in der Ukraine an, und die Lage verschärft sich immer mehr. Der Strom von Flüchtlingen aus der Ukraine lässt nicht nach, und wir wissen zurzeit nicht, wie viele

Flüchtlinge in nächster Zeit bei uns Zuflucht suchen werden. Wir müssen uns aber auf die Aufnahme von sehr vielen Geflüchteten vorbereiten. Die extrem grosse Solidarität in der Bevölkerung ist sehr erfreulich. Erstmals kommt in der Schweiz der Schutzstatus S gemäss Asylgesetzgebung zur Anwendung. Das ist eine grosse Herausforderung für uns alle. Die Regierung beschreibt in der Antwort zur Anfrage A 813 ausführlich, was sie alles bereits unternommen hat und noch unternehmen wird, um die Unterbringung und Versorgung sicherzustellen. Bei der Auflistung der Koordinationen fehlt aus meiner Sicht der Hinweis auf die Koordination mit den Gemeinden. Die Gemeinden sind neben dem Kanton eine sehr wichtige Anlaufstelle für die Bevölkerung. Die weiteren Fragen sind aus Sicht der FDP bestens beantwortet. Zum Postulat P 815: Die Regierung hat innert kurzer Zeit für alle möglichen Szenarien eine gute Organisation aufgestellt. Die FDP begrüsst den von der Regierung eingeschlagenen Weg. Mit der Flüchtlingswelle 2015 sind sehr viele syrische und afghanische Flüchtlinge in die Schweiz gekommen. In dieser Zeit war ich Sozialvorsteherin von Hitzkirch. Dazumal hat der Kanton Luzern seine Organisation neu geregelt und die Zusammenarbeit mit den involvierten Stellen und Gemeinden verstärkt. Nach anfänglichen Schwierigkeiten lief es dann aber ziemlich gut. Die in den letzten Jahren gemachten Erfahrungen helfen dem Kanton jetzt, die aktuelle Situation gut zu meistern. In dieser Zeit entstanden aber auch in vielen Gemeinden freiwillige Integrationsgruppen. Die Freiwilligen zeigten und zeigen immer noch grosses Engagement. Ich bin überzeugt, dass die freiwilligen Integrationsgruppen bereits jetzt bereitstehen und in der Ukraine-Krise sehr gerne helfen. Die Bevölkerung will helfen. Nicht nur die Dienststellen werden mit Fragen überhäuft, sondern auch die Gemeinden. Hier sehen wir den Kanton in der Pflicht, die Gemeinden in ihren Bemühungen aktiver zu unterstützen. Zudem ist vorgesehen, dass die Kinder in jenen Gemeinden die Schule besuchen, wo sie mit der Familie wohnen. Unsere Schulen wurden in den letzten zwei Jahren aufgrund der Corona-Pandemie arg strapaziert und haben keinen Normalbetrieb erlebt. Jetzt dürfen sie geflüchtete Kinder aufnehmen, die unsere Sprache nicht verstehen und vom Krieg traumatisiert sind. Das bringt die Schulen wieder an die Grenzen, darum fordern wir vom Kanton zwingend eine sofortige Unterstützung. Deshalb unterstützt die FDP-Fraktion die Erheblicherklärung des Postulats P 815.

Pia Engler: Ich spreche zur Anfrage A 813. Wer hätte sich das vorstellen können: Der Krieg in der Ukraine hat die Corona-Krise in den Schatten gestellt. Jetzt wird Europa daran gemessen, wie wir die Flüchtlingsbewegung bewältigen und uns im Konflikt positionieren. Dazu gehören auch die Schweiz und Luzern. Der Kanton hat die Notlage ausgerufen und setzt damit ein klares und wichtiges Zeichen. Er hat für die Geflüchteten eine Taskforce für das Einrichten des First-Contact-Points eingesetzt und arbeitet mit Hochdruck daran, genügend Unterkünfte zur Verfügung stellen zu können. Offen ist, ob und in welchem Rahmen die Regierung bei der Unterbringung auch Private berücksichtigen soll. Wir unterstützen unter klaren Bedingungen die Unterbringung bei Privaten. Andere Kantone haben diesen Schritt schon erfolgreich gemacht. Viele Personen, die geflüchtet sind – insbesondere Kinder –, haben jetzt ein grosses Schutzbedürfnis. Sie können nicht erfassen, was passiert ist. Kinder, welche hier in Sicherheit untergebracht sind, trauen sich nicht hinauszugehen, um zu spielen, und fragen, ob hier nicht auch Bomben fallen. Neben dem schnellen Handeln in Bezug auf Unterbringung und Organisation ist es jetzt genau so wichtig, dass eine adäquate und fachliche Begleitung installiert werden kann. Es ist wichtig, die geflüchteten Menschen schnell in einen möglichst normalen Alltag zu integrieren. Wir dürfen aber nicht unterschätzen, dass die Verarbeitung des Erlebten für die Betroffenen Jahre dauern wird und Personen krank machen kann, sodass sie nicht mehr in einen normalen Alltag zurückfinden. Darum ist es entscheidend, dass man Traumatisierte schnell anspricht und fachlich adäquat therapeutisch begleitet. Wir wissen, dass uns aktuell die entsprechenden Fachleute fehlen. Die eingesetzte Taskforce muss sich deshalb auch dringlich mit dieser Frage auseinandersetzen und die Organisation an die Hand nehmen. Wir haben es jetzt in der Hand, richtig zu reagieren. Gian Waldvogel will dann auch konkret wissen, wie der Kanton sich zu den wirtschaftlichen Sanktionen positioniert und ob er alle Möglichkeiten ausschöpft, die ihm zur Verfügung stehen. Es ist entscheidend, dass der

Kanton die beschlossenen wirtschaftlichen Sanktionen rigoros mit allen Konsequenzen umsetzt. Leider kann eine Ablösung von Russland als Energielieferanten nicht in diesem Tempo bewerkstelligt werden, wie wir uns das wünschen würden. Es müssen aber trotzdem alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, und wir dürfen vor den Konsequenzen nicht zurückschrecken. Mit den Sanktionen kann der Krieg nicht unmittelbar beendet werden, wir können damit aber die Dauer des Krieges beeinflussen. Geflüchtete sind Geflüchtete, unabhängig von ihrer Hautfarbe oder ihrer Herkunft. Unsere humanitäre Tradition verpflichtet uns, allen Geflüchteten, welche die Heimat, die Familie und Freunde zurückgelassen haben, unsere Solidarität und Hilfe entgegenzubringen.

Jörg Meyer: Ich danke an erster Stelle dem Regierungsrat für die Bereitschaft, das Postulat entgegenzunehmen. Wenn wir uns die schrecklichen Bilder beispielsweise von Mariupol anschauen und die herzerreissenden, schlimmen Schicksale anhören, sind wir uns wohl alle darin einig, dass es nur richtig ist, wenn der Kanton handelt. Machen wir uns nichts vor, es wird lange dauern. Diese Menschen werden nicht bereits übermorgen zurückkehren können. Die Ausbildungsinfrastruktur in der Ukraine wird systematisch zerstört und eine Zukunft für viele junge Menschen beinahe verunmöglicht. Wir sind uns auch sehr bewusst, dass wir uns in einer beispiellosen Situation befinden und diese uns wohl alle ein Stück weit überfordert. Ich bin froh, dass der Kanton das erkennt und die entsprechenden Massnahmen eingeleitet hat. Er hat die Notlage und den Krisenstab aktiviert und bereitet sich aktiv darauf vor. Im Moment herrscht eine Chaosphase. Trotzdem müssen wir nach vorne schauen. Wir begrüssen es ausdrücklich, dass der Kanton ungeachtet allfälliger Bundesentschädigungen klar ein Bekenntnis abgibt und sagt, dass er Deutschkurse organisiert. Die Sprache ist einer der ganz zentralen Schlüsselfaktoren für eine Integration und für eine Möglichkeit, am Berufsleben teilzunehmen. Einige Möglichkeiten werden von der Regierung bereits aufgezeigt. Diese beziehen sich in der Mehrheit auf die Übergangssituation von der Volksschule zur Berufsbildung. Das ist sicher richtig, in dieser kurzen Zeit war auch nichts anderes möglich. In einer späteren Phase denken wir aber, dass es durchaus noch weitere Potenziale und Notwendigkeiten gibt, unter anderem denken wir da an Zusammenarbeitsformen mit dem Gewerbe und dem Gewerbeverband und mit möglichen Projekträgern. Ich persönlich spüre viel Bereitschaft und Sensibilität und könnte mir durchaus vorstellen, dass der eine oder andere Betrieb absolut in der Lage und willens wäre, einen Beitrag zu leisten und Beschäftigungs- oder Bildungsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen. Im Moment ist es noch zu früh, aber diese Situation wird leider noch lange dauern, und es ist gut, wenn wir uns darauf einstellen und uns entsprechend vorbereiten. In diesem Sinn danke ich der Regierung und bitte Sie um Unterstützung dieses Postulats.

Ferdinand Zehnder: Ich spreche zum Paket. Die Fragen der Anfrage A 813 sind gut, ausführlich und sachlich beantwortet. Wir erfahren, wie vielschichtig und umfassend die Aufgaben im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg und dessen Auswirkungen bei uns angepackt werden. Wir unterstützen die Antworten der Regierung. Einzelne Punkte nehmen wir auf im Zusammenhang mit den Postulaten von Karin Stadelmann und Jörg Meyer. Die Regierung beantragt die Ablehnung des Postulats P 815 von Karin Stadelmann. Wir attestieren der Regierung eine grosse Leistung in dieser neuen Krise. Viel Effort wird betrieben. Es ist praktisch die dritte Krise innert kürzester Zeit, und sie wird wohl noch lange nicht enden. Wer weiss, welche Wellen in diesem Sommer noch auf uns zukommen. Ja, im Prinzip könnte man das Postulat einfach abhandeln und wegen Erfüllung ablehnen. Wir sind allerdings der Meinung, dass das Postulat erheblich erklärt werden sollte. Die Mitarbeitenden des Gesundheits- und Sozialdepartementes (GSD) sind praktisch ununterbrochen im Einsatz. Mit dem First-Contact-Point, der Schaffung von Übernachtungsmöglichkeiten, der Neugestaltung von Datenbanken für Freiwillige und anderen Angeboten, dem Krisenstab und dem runden Tisch der Kantonskirchen wird wirklich ein grosser Aufwand betrieben. Wir bedanken uns bei der Regierung und bei der Verwaltung für den ausserordentlichen Einsatz. Die Solidarität in unserem Kanton ist derart gross, dass er heute noch nicht abschliessend in der Lage ist, die Informationen zu bündeln und zu koordinieren. Wir beantragen die volle

Erheblicherklärung, weil ein Ende dieser Situation noch nicht absehbar ist und weil wir den Schwung der Freiwilligen mitnehmen wollen und auch weil der Auftrag – die Mitwirkung der Freiwilligen im Sinn der Bedürftigen – konkret definiert werden soll und weil die zur Verfügung gestellten Möglichkeiten wie die Unterbringung koordiniert genutzt werden können sollen und wir das signalisierte Wohlwollen der Bevölkerung konkret nützen wollen. Nehmen wir die Welle der Solidarität der Luzerner Bevölkerung mit. Zum Postulat P 819: Wir sind selbstverständlich mit der Stellungnahme zu diesem Postulat einverstanden. Wir unterstützen die Erheblicherklärung. In der Stellungnahme ist genau die Schulklasse der Hochschule Luzern erwähnt, die bei uns in meinem Betrieb in der ersten Phase kostenlos übernachten konnte und gepflegt wurde. Das ist wohl ein Beispiel, wie schnelles und unkompliziertes Handeln umgesetzt werden kann. Heute ist es allerdings nötig, dass der Kanton wieder den Lead übernimmt. Der Kanton soll die Koordination der Möglichkeiten und Angebote übernehmen. Ziel ist es, eine bessere Übersicht gewinnen zu können. Die angebotenen Möglichkeiten sollen bestmöglich genutzt werden.

Monika Schnydrig: Ich spreche zum ganzen Paket. Ich arbeite in einer Schule, und dort kommt es im Moment immer wieder vor, dass ein Schüler kommt und fragt, was Krieg sei. Nach einem leeren Schlucken versucht man das dann zu erklären. Auch dieser Krieg verursacht unsägliches, menschliches Leid unter der Zivilbevölkerung, und wir alle wollen, dass er möglichst schnell aufhört, und wir alle wollen helfen. Das ist meine erste Wortmeldung, und ich freue mich, dass ich gleich mit einem Dank anfangen kann. Es freut uns sehr, wie schnell der Regierungsrat auf die besonders schwierige Lage reagiert und die Führung dieses Prozesses dem kantonalen Führungsstab übertragen hat. Damit ist aus unserer Sicht eine der wichtigsten Voraussetzungen schon geschaffen worden, nämlich eine zentrale Führungsstelle mit den nötigen Kompetenzen und dem nötigen Know-how. Die Unterbringung der Geflüchteten wird je nach Länge des Krieges in der Ukraine einen sehr grossen Kraftakt für unseren Kanton bedeuten. Die grosse Solidarität in der Bevölkerung zusammen mit einer kompetenten und flexiblen Führung durch die Regierung lässt uns zuversichtlich hoffen, dass wir das zusammen schaffen. Beim Postulat P 815 von Karin Stadelmann folgen wir der Regierung und lehnen dieses wegen Erfüllung ab. Der Regierungsrat hat eine interdepartementale Taskforce Ukraine eingesetzt, und die Koordinationsstelle Freiwilligenarbeit der DAF vermittelt Einsätze für jene Vielzahl von Freiwilligen, die bereit sind, ergänzende Hilfe zu leisten. Es wird bestimmt noch Handlungsbedarf geben. Lücken müssen gefüllt und auf Fragen Antworten gefunden werden. Dafür hat der Regierungsrat unseres Erachtens schon die strategisch wichtigen Schritte eingeleitet, und nun wird natürlich im laufenden Prozess reagiert und optimiert werden müssen. Zum Postulat P 819: Hier folgen wir der Regierung und stimmen für die Erheblicherklärung des Postulats. Jörg Meyer schreibt richtig, dass davon ausgegangen werden muss, dass es durchaus noch länger dauert. Insofern ist es nur gerechtfertigt, Integrationsangebote bereitzustellen. Auch hier liest man in den Antworten des Regierungsrates, dass man mit den zuständigen Playern in engem Austausch ist und sogar schon erste Integrationen in Schulen und bei Anstellungen von Geflüchteten umsetzen konnte. Vieles ist schon in der Pipeline, und es wird vorbereitet, abgeklärt und mit den Partnern und dem Bund besprochen, ein rollender Prozess also. Zum Schluss möchte ich mit der Antwort einer Schülerin aufhören, welche sie am Ende einer Diskussion zur Frage gegeben hat, was Krieg sei: «Krieg ist echt doof. Warum hören die nicht einfach auf? Also ich würde einfach Stopp sagen und alle nach Hause schicken.» Kindermund tut oft Wahrheit kund.

Ursula Berset: Die Situation um die Aufnahme von Flüchtenden aus dem Kriegsgebiet stellt auch den Kanton Luzern vor grosse Herausforderungen. Das ist unbestritten. Es gilt, innert kurzer Zeit täglich bis zu 1000 ankommende Personen aufzunehmen und zu versorgen. Aufgrund der Ausführungen des Regierungsrates zu den drei Vorstössen sind wir der Ansicht, dass die Verwaltung in dieser Krise gut unterwegs ist, sie ist gerüstet und handelt umsichtig. Wichtig ist für die GLP, dass die Sanktionsmassnahmen der EMK mitgetragen werden und die Flüchtenden den Schutzstatus S bekommen und damit

möglichst bald bei uns eine Arbeit aufnehmen und ihre Schulbildung fortsetzen können. Zum Postulat von Karin Stadelmann: Die Vorstösserin stellt mit ihrem Postulat wichtige, aber sehr operative Fragen. Aufgrund der Stellungnahme des Regierungsrates und seiner Medienmitteilungen sehen wir, dass die Verwaltung mit Vollgas am Aufbau von Strukturen zur Bewältigung dieser Krise ist. Der Regierungsrat hat eine kantonale Taskforce eingesetzt, und auch der First-Contact-Point für ankommende Flüchtlinge ist in Betrieb. Er hat die bestehenden Gremien und Netzwerke zur Integration und Begleitung von Asylsuchenden aktiviert und auch die Gemeinden gut eingebunden. Aus unsere Sicht ist dieses Postulat von Karin Stadelmann gar nicht nötig. Ein E-Mail an die Regierung hätte ausgereicht, um Klarheit zu bekommen, wo die Regierung in dieser Sache steht und wie sie die Hilfe organisieren und koordinieren will. Dass gewisse Dinge noch nicht im Detail geklärt und noch nicht alle Fragen beantwortet sind, liegt in der Natur der Sache. Mit Bezug zum Votum von Karin Stadelmann denke ich: Die Verwaltung weiss, dass sie etwas tun muss, und sie hat die Arbeit aufgenommen. Wir sind überzeugt, dass es in der aktuellen Situation keinen weiteren Prüfauftrag braucht. Wir folgen dem Antrag der Regierung und werden das Postulat wegen Erfüllung ablehnen. Zum Postulat P 819: Die Flüchtenden aus der Ukraine erhalten den Schutzstatus S und können damit vom Kanton Sozialhilfe erhalten und ohne Wartefrist einer Arbeit nachgehen. Vom Bund sind keine Integrationsleistungen vorgesehen, weil der Schutzstatus S darauf ausgerichtet ist, dass diese Personen in ihr Heimatland zurückkehren. Jörg Meyer fordert in seinem Postulat den Kanton auf, trotzdem Möglichkeiten zu prüfen und zu entwerfen, damit jungen Erwachsenen der Einstieg ins Berufsleben oder eine Überbrückung der Ausbildung ermöglicht wird. Wir unterstützen diese Haltung und sind froh, dass auch der Regierungsrat hier nicht nur den Prüfauftrag entgegennimmt, sondern bereits aktiv geworden ist. Die GLP-Fraktion wird das Postulat von Jörg Meyer erheblich erklären.

Ylfete Fanaj: Auch ich möchte die Gelegenheit nutzen, um dem Gesundheits- und Sozialdirektor zu danken, aber auch all den involvierten Departementen unseren Dank auszusprechen für die Errichtung der Taskforce, des First-Contact-Points und des Krisenstabes. Ich spreche zum Postulat P 815 von Karin Stadelmann: Die SP stimmt für die Erheblicherklärung dieses Postulats. Wir können es nachvollziehen, dass die Unterbringung logistisch eine grosse Herausforderung ist. Wir haben jedoch auch Signale aus den Gemeinden erhalten, dass sie zwar oft informiert, aber trotzdem im Unklaren gelassen werden, was die nächsten Schritte für die Unterbringung sind. Die DAF sammelt die Wohnangebote im Kanton Luzern, doch diese Informationen sind für die Gemeinden oft nicht zugänglich. Hier müssen die Gemeinden stärker einbezogen werden. Was die Koordination der Freiwilligenarbeit betrifft: Ich war letzte Woche in einem Sprachkaffee beim Verein WIN in Wolhusen, das ist ein wöchentlicher Treffpunkt für Migrantinnen und ihre Kinder. Es ist gut, gibt es solche Angebote. Sie sind auf lokaler Ebene für die Integration extrem wichtig. Die aktuelle Herausforderung ist, das wurde mir dort auch gesagt, dass nach zwei Jahren Pandemie viele Freiwillige ausgestiegen sind. Wenn jetzt Ukrainerinnen und Ukrainer kommen, sind solche Angebote enorm wichtig. Diese Angebote müssen zum Teil in den Gemeinden wieder aufgebaut werden. Die Freiwilligen müssen von den Gemeinden gut begleitet werden, das ist mir bewusst, aber ihnen fehlen oftmals die Ressourcen und das Wissen. Hier braucht es seitens des Kantons einen Effort, damit die Gemeinden gut unterstützt werden. Wir stehen vor grossen Aufgaben, und ohne die Zusammenarbeit mit Freiwilligen wird das nicht funktionieren. Die Freiwilligen sind extrem wichtig. Die Freiwilligen sind oftmals Frauen, die sich vor Ort engagieren. Auch ihnen möchte ich für ihre wertvolle Arbeit herzlich danken. Bitte unterstützen Sie das Postulat von Karin Stadelmann.

Laura Spring: Vielen Dank an Karin Stadelmann und Jörg Meyer für ihre Postulate. Ich danke auch der Regierung für die Stellungnahmen. Ich werde zu beiden Postulaten sprechen und danke an dieser Stelle auch all meinen Vorrednerinnen und Vorrednern für ihre engagierten Voten, die mir zeigen, wie solidarisch die Luzerner Kantonsrätinnen und Kantonsräte aller Parteien denken und handeln. Das freut mich sehr zu hören. Die Grünen und Jungen Grünen begrüssen es sehr, dass der Kanton reagiert und den Notstand ausgerufen sowie die Taskforce eingesetzt hat. Es ist auch sehr berührend zu sehen, wie die

Luzerner Bevölkerung sich engagiert, um ukrainische Familien aufzunehmen und zu unterstützen. Ich erlebe das auch in meinem engsten Umfeld. Ich sehe, wenn Menschen solidarisch zusammenstehen, ist die Welt ein wenig besser auszuhalten, auch wenn Krieg ist. Die bereits getroffenen Massnahmen des Kantons unterstützen wir und danken allen Beteiligten der Verwaltung für den enormen Einsatz. Geflüchtete brauchen angemessene Unterkünfte, und es ist sehr zu begrüßen, dass dies jetzt auch von Privaten übernommen wird, das kommt vor allem den Familien mit kleinen Kindern zugute, denn diese können nicht gut in Asylzentren untergebracht werden. Aber die Freiwilligen kommen auch an ihre Grenzen sowohl finanziell, aber auch, weil sie die Familien im Alltag eng begleiten müssen. Das geht nicht lange gut. Es braucht eine schnelle Unterstützung des Kantons und von professionellen Mitarbeitenden. Auf diesen Punkt geht der Regierungsrat in seiner Antwort zu wenig ein. Wir wünschen uns, dass dies schnell angegangen wird. Ein wichtiger Punkt ist, dass alle Geflüchteten auch rasch Zugang zu Deutschkursen und Bildungsmöglichkeiten erhalten. Das greift das Postulat P 819 von Jörg Meyer auf. Deutschkurse sollten priorisiert werden. Dazu sollte der Kanton die bestehenden Angebote sowohl bei den Freiwilligen, den NGO und beim Kanton stark unterstützen, denn diese werden schnell an ein Limit kommen. In beiden Postulaten wird nicht erwähnt – dies ist jedoch auch sehr wichtig –, dass mit den geflüchteten Kindern oft einzelne Elternteile in die Schweiz gekommen sind. Diese stehen vor grossen Herausforderungen. Eine alleinstehende Frau mit kleinen Kindern findet ohne passende Kinderbetreuung und ohne Deutschkurs, der dann stattfindet, wenn sie auch gehen kann, auch mit dem Schutzstatus S keine Arbeit. Darum ist es wichtig, dass auch für diese Gruppe Bildungsmöglichkeiten angeboten werden. Der Kanton soll deshalb auch passende Kinderbetreuungsangebote unterstützen. Die G/JG-Fraktion unterstützt die Erheblicherklärung beider Postulate.

Stephan Betschen: Die FDP bedankt sich beim Regierungsrat und bei der Verwaltung für die Beantwortung des Postulats P 819 von Jörg Meyer, der für Jugendliche aus der Ukraine einen Prüfauftrag zur Integration in Bildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten auf Sekundarstufe II und im tertiären Bereich verlangt. Der sinnlose Krieg Russlands verursacht nebst menschlichem Leid auch eine noch nie dagewesene Flüchtlingswelle. Der Bund, der Kanton, aber auch die Gemeinden im Kanton Luzern sind davon betroffen, erste Flüchtlinge sind bei uns bereits eingetroffen. Der Kanton organisiert die Unterkünfte und Integrationsmassnahmen wie Einschulungen oder Deutschkurse. Unter den Flüchtlingen hat es aber auch viele junge Menschen, die aus ihrer Lehre oder ihrem Studium herausgerissen wurden. Die jungen Flüchtlinge, die nicht mehr in der Volksschule integriert sind, brauchen eine Möglichkeit, um Angebote zur sprachlichen und beruflichen Integration wahrnehmen zu können. Für die Jugendlichen im Kanton Luzern hat es bereits eine Vielzahl von Angeboten wie Brückenangebote oder eine Integrationsvorlehre. Auch die Pädagogische Hochschule (PH) eröffnet Möglichkeiten, als Gasthörerinnen und Gasthörer an den Vorlesungen teilnehmen zu können. Diese Angebote werden noch weiter ausgebaut, und die involvierten Stellen des Kantons und der Gemeinden bieten dazu Hand. Für mich als Gemeindevertreter ist es ganz wichtig, dass die Gemeinden unterstützt werden, insbesondere bei der Bildung. So prüft die PH in Absprache mit der Dienststelle Volksschulbildung, ob die Schulen bei der Betreuung der geflüchteten Schülerinnen und Schüler zusätzlich unterstützt werden können. Es ist wichtig, dass hier der Kanton Unterstützung bietet. Der Regierungsrat zeigt in seiner Stellungnahme zum Postulat P 819 die umfassenden Angebote auf und zeigt auch, auf welchen weiter gehenden Massnahmen aufgebaut und geplant werden kann. Die FDP-Fraktion unterstützt die Erheblicherklärung des Postulats.

Daniel Rüttimann: Vorrednerinnen und Vorredner haben schon einige Punkte erwähnt, ich gehe nicht mehr auf diese ein. Ich nehme Bezug auf das Postulat P 815. In der aktuellen Asyl- und Ukraine-Thematik bin ich als zuständiger Gemeinderat für Soziales und Sicherheit seit drei Wochen stark involviert. Das sind praktisch alle Gemeinden und Organisationen im Kanton Luzern. Für mich ist es nach 2015 bereits die zweite Flüchtlingskrise, die ich eng begleite. Ich gehe davon aus, dass man aus den Erfahrungen lernt, obwohl die Ausgangslage eine andere ist. Meine Einschätzung der aktuellen Situation lautet: Nach der

Chaosphase ganz zu Beginn kann ich konstatieren, dass es jetzt in die richtige Richtung geht. Das ist wichtig. Meine Erwartungen als Gemeinderat sind, dass es klare Zuständigkeiten bei der Umsetzung gibt. Nur so kann die länger dauernde Herausforderung bewältigt werden, die wir als Gesellschaft haben. Ich persönlich gehe davon aus, dass die zwei Jahre, die vorher erwähnt wurden, nötig werden, um diese Geschichte zu bewältigen. Wir brauchen diesen Weitblick. Es braucht dazu auch entsprechende zusätzliche Ressourcen sowohl auf Bundes- und Kantons- als auch auf Gemeindeebene. Es ist sehr erfreulich und lobenswert, dass so viele Luzernerinnen und Luzerner Bereitschaft signalisieren zu helfen. Es sind auch Organisationen, Vereine, Kirchen und Klöster dabei. Solidarität ist nicht nur Freiwilligenarbeit. Solidarität oder in diesem Kontext Flüchtlingshilfe braucht Führung und Koordination. Genau das kostet. Diese Investitionen sind nötig, sie sind langfristig, weitblickend und menschlich bestens investiert. Es darf uns das mehr als wert sein.

Roger Zurbruggen: Ich bin nicht sicher, ob das Postulat P 815 erfüllt ist. Es sind zwei Forderungen: Die erste ist die systematische Datenerfassung, und die zweite, dass man die Ressourcen an der Basis unterstützt. Die zweite Forderung wird in der Stellungnahme quasi nicht reflektiert. Wieso finde ich das in der aktuellen Flüchtlingskrise wichtig? In der Flüchtlingskrise 2015 haben wir mit dem Schutzstatus F gearbeitet. Das heisst der Bund definiert, die Kantone führen aus, die Gemeinden schauen zehn Jahre lang zu und zuunterst sind die Freiwilligen. Zwischen Kanton und Gemeinden gibt es eine Schallmauer, eine doppelte Sicherheitslinie, da fliessen aufgrund des Datenschutzgesetzes keine Daten. Das verhindert ein Ingangsetzen der Freiwilligenressourcen, die an der untersten Staatsebene angehängt sind. Beim Schutzstatus S kommen die Flüchtlinge auf allen Staatsebenen gleichzeitig, auch zuunterst bei den Privaten. Wenn jetzt der Kanton eine koordinierende Rolle hat, was Daten betrifft, heisst das für mich auch, dass die Daten fliessen müssen. Die Daten sollten nicht unter dem Datenschutzgesetz nur verwaltet werden. Wie auf den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) benötigen wir die Personalien zwecks Arbeitsintegration, was bisher beim Schutzstatus F nicht ging. Das muss sich unbedingt ändern, sonst schneiden wir die vorhandenen Ressourcen ab. Zu den Finanzen: Beim Schutzstatus F kriegen jene Integrationsgelder, die sie auch im Zusammenhang mit Leistungsaufträgen verwenden können. Beim Schutzstatus S müssen die Gelder triagiert werden, damit auch die Ressourcen an der Basis mitfinanziert werden können. Der Kanton muss sich also überlegen, wie er Private unterstützen kann, wie es andere Kantone oder Städte tun. Das ist die beste Integration. Wenn eine Frau mit Kindern direkt in eine Familie kommt, wird sie vollumfänglich umsorgt und auch bei Behördengängen begleitet. Wir müssen gut überlegen, ob wir normal weiterfahren können oder ob wir die Rolle der DAF als Hortnerin der Daten ändern müssen.

Urban Frye: Ich möchte einige Worte zur aktuellen Zusammenarbeit mit dem Kanton sagen. Wir haben 22 der 35 ukrainischen Kunststudentinnen in unseren drei Häusern aufgenommen. Sie stammen aus Lemberg, sie waren dort an einer Partnerhochschule der Hochschule Luzern. Ihre Familien kommen aber aus der ganzen Ukraine, ihre Brüder und Väter sind an der Front. Ich habe festgestellt, dass wir eine sehr gute Kommunikation mit dem Kanton haben, ebenfalls auch mit der Stadt und den Hilfswerken wie der Caritas und weiteren zivilen Organisationen. Ich stelle fest, dass alle eine gute, kooperative Zusammenarbeit möchten. Wir haben viel über Integration gesprochen. Das ist in einem zweiten Schritt sehr wichtig. Im Moment stellen wir aber fest, dass wir diesen Personen vor allem Schutz geben müssen, damit sie sich untereinander austauschen können. Einige der jungen Frauen versperren sich noch komplett vor der Realität. Sie tun so, als wären sie auf einer Schulreise. Andere sprechen gar nicht. Was diejenigen sagen, die sprechen, ist kaum auszuhalten. Wir müssen schauen, dass sie auch Kontakt zur ukrainischen Gemeinschaft in der Schweiz haben. Wir müssen unbedingt auch schauen, dass sie Teil sind von all den Hilfsangeboten, die wir bieten. Sie wollen in all diese Projekte integriert sein. Dann dürfen wir noch eine andere Gemeinschaft nicht vergessen, nämlich die russische Gemeinschaft. Wir müssen ungeheuer aufpassen, dass wir nicht alle Russen pauschal verurteilen. All die

Russinnen und Russen, die bei unseren Programmen dabei sind, sind ebenso entsetzt. Auch sie wollen von unseren Hilfeleistungen Teil sein. Es wurde auch angesprochen, dass in der Schule gefragt wird, was dieser Krieg sei. Stellen Sie sich vor, was das für die russischen Kinder heisst. Einige von Ihnen wissen vielleicht, dass mein Sohn selbst einen russischen Pass hat. Wenn er aus der Ferienbetreuung nach Hause kommt und erzählt, er sei als «Saurusse» beschimpft worden, bricht einem das als Vater das Herz. Ich möchte mich beim Kanton bedanken, dass wir einen einfachen Zugang haben. Ich bin überzeugt, dass wir es auch schaffen werden, wenn wir alle gemeinsam die Lösungen angehen. Wir dürfen uns aber nicht gegenseitig sagen, was die anderen machen sollen. Wir müssen jetzt einfach zusammen diese Probleme angehen.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Besten Dank für die Voten. Ich werde mein Votum in zwei Teile gliedern: Im ersten gehe ich kurz auf die allgemeine Lage im Kanton ein, im zweiten Teil gehe ich auf die einzelnen Vorstösse ein. Ich möchte starten mit einem grossen Dankeschön an die Luzerner Bevölkerung für ihre Solidarität. Das ist eindrücklich, und das habe ich so in den Jahren 2015 und 2016 nicht erlebt. Diese Solidarität motiviert, hilft und unterstützt uns. Es ist einfach wichtig, dass wir zu dieser Solidarität Sorge tragen können. Ich möchte aber auch meinen Regierungsratskollegen, den einzelnen Dienststellen und den Mitarbeitenden der Verwaltung danken. Der Stab des Justiz- und Sicherheitsdepartementes von Regierungsrat Paul Winiker unterstützt die DAF betreffend Kommunikation. Die Einsetzung des Führungsstabes unterstützt uns, was für die Führung enorm wichtig ist, denn dieses Ereignis wird wohl länger als ein Jahr dauern. Ich denke an das Amt für Migration und die Luzerner Polizei, wo Sicherheitsfragen geklärt werden müssen. Das Bildungs- und Kulturdepartement zeigt einen extremen Einsatz unter Druck. Das ganze Bildungs- und Schulwesen sicherzustellen, ist eine enorme Aufgabe. Das Finanzdepartement mit der Dienststelle Personal muss den Personalbestand erhöhen. Wir brauchen Verträge, eine Koordination der Freiwilligenarbeit und die Digitalisierung, ohne die wir das nicht bewältigen könnten. Vor allem die Dienststelle Immobilien ist gefragt, denn wir brauchen bis im Sommer 3000 Plätze und bis Ende Jahr noch einmal 12 000. Das Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement öffnet uns vor allem die Kontakte zur Wirtschaft. Hier geht es darum, von Fachverbänden und anderen Organisationen Zugang zu offenen Stellen zu erhalten. Sie setzen sich auch für Immobilien ein, denn wir brauchen Hallen. 3000 Personen bis im Sommer unterzubringen, können wir schaffen, auch wenn es ein Kraftakt ist. Nochmals 12 000 Menschen bis Ende Jahr unterzubringen, damit sind wir mehr als gefordert. Es gab ein ehemaliges Heim Unterlöchli, bei dem wir kommuniziert haben, dass dies aus Zonengründen nicht gehe. Das ist falsch. Wir konnten das Heim aus finanziellen Gründen nicht erwerben, es wären über 10 Millionen Franken gebraucht worden. Es hat also nichts mit der Zonenplanung zu tun. Der Stab des GSD ist im Einsatz. Am Schmutzigen Donnerstag habe ich das Personal aus den Ferien zurückgeholt, und am Freitag danach haben wir zusammen mit den Gemeinden die Taskforce Ukraine eingesetzt. Wir werden die Taskforce noch einmal verstärken, vor allem betreffend die Bildung. Die DAF ist heute 7 Tage und 24 Stunden im Einsatz. Ein kleines Beispiel: Gestern in der Nacht ungefähr um 1 Uhr kamen 10 oder 20 Personen in Luzern an. Ein grosses Hotel hat reagiert und diese aufgenommen und verpflegt. Heute Morgen durften wir sie wieder abholen. Hier gibt es eine sehr grosse Solidarität in der Stadt Luzern. Die Dienststelle Gesundheit und Sport hat ein Contact Tracing, das wir jetzt für Auskunftsdienste einsetzen. Wir setzen die Mitarbeitenden für Betreuungsaufgaben ein. Ich habe einzelne Kader in die DAF genommen, die in Krisen geübt sind. Unser Kantonschemiker hat vom Bund den Auftrag erhalten, Messungen auf Strahlungen und Weiteres durchzuführen. Auch unser Kantonstierarzt ist im Einsatz, denn es kommen nicht nur Menschen, sondern auch Tiere zu uns. Die Tiere müssen in Quarantäne, was recht anspruchsvoll ist. Das Sozialversicherungszentrum Wirtschaft Arbeit Soziales (WAS), Dienststelle Wira, und die RAV sind für Stellenbesetzungen im Einsatz. Wir schauen, wer was wo frei hat. Ich habe von Schulen und von XUND verschiedene Angebote erhalten. Wir müssen differenzierte Kurse anbieten können je nachdem, wer schlussendlich bei uns ist. Das ganze Gesundheitssystem

ist involviert, also das Luzerner Kantonsspital, das Kinderspital und das Schweizer Paraplegiker-Zentrum. Ich wäre nicht überrascht, wenn bald eine Luftbrücke geschaffen wird, um Verletzte aus der Ukraine herauszubringen. Damit wären die europäischen Staaten noch mehr gefordert. Ich rechne damit, dass wir mehr ältere und verletzte Menschen im Gesundheitswesen betreuen werden. Pro Tag kommen bei uns im Moment etwa 30 bis 50 Personen an, Tag und Nacht. Es ist so, dass wir in der Chaosphase sind. Heute Morgen hat mir ein erfahrener Feuerwehroffizier gesagt, ich solle dies Organisationsphase nennen. Nicht nur unser Kanton befindet sich in dieser Phase, sondern auch der Bund. Wir bekommen Meldungen, dass gewisse Personen kämen, es sind dann aber andere. Wir müssen sehr flexibel reagieren. Wir brauchen bis im Sommer etwa 3000 bis 3500 Plätze. Wichtig ist, dass sich direkt eingereiste Personen im Kanton Luzern registrieren lassen. Sie brauchen den Schutzstatus S aus versicherungstechnischen Gründen und damit wir sie unterstützen können. Es gibt Private, die schon Familien für zwei Wochen aufgenommen haben – was wir sehr schätzen – und die uns fragen, wer ihnen die Kosten dafür bezahlt. Das geht natürlich nicht. Dafür gibt es einen offiziellen Weg, und wir werden die Mietverträge kontrollieren. Ich erlebe hier auch alles. Es ist also wichtig, dass sich die Personen registrieren lassen. Die Vorgabe der Regierung ist klar: Wir wollen primär eine Unterkunft mit Verpflegung und Gesundheitsversorgung sicherstellen. Wir brauchen diese 3000 Betten. Es kommt eine Betreuung dazu, aber die Menschen, die zu uns kommen, wollen zuerst einmal ankommen. Sie brauchen Ruhe und Sicherheit und wünschen sich vor allem auch die Möglichkeit zur Kommunikation in die Ukraine. Das müssen wir sicherstellen. Die Kinder müssen zur Ruhe kommen. Wir sind daran interessiert, diese in den normalen Klassen einzuschulen, damit die Kinder einen strukturierten Tagesablauf erhalten. Wir arbeiten an der Errichtung von Zentrumsschulen, aber wir können nicht in jedem Zentrum eine Schule aufbauen, es braucht eine gewisse Grösse. Die anderen Kinder schulen wir in den einzelnen Gemeinden ein. Wir wollen Deutschkurse anbieten. Unser Ziel ist, dass die Personen möglichst selbständig durch das Leben kommen. Wenn jemand arbeiten will, muss er einigermassen Deutsch sprechen. Ich hatte aber bereits viele Anfragen von Unternehmen. Ob der Bund oder der Kanton die Deutschkurse bezahlen wird, ist jetzt zweitrangig. Wir verhandeln mit dem Bund, denn er sollte das bezahlen, aber wir müssen die Geflüchteten bei uns so weit integrieren, dass sie arbeiten können. Die Vorgabe der Regierung ist klar: Es werden alle Flüchtlinge gleich behandelt, egal woher sie kommen. 2015 und 2016 war es eine grosse Herausforderung, aber das, was jetzt abläuft, ist noch grösser und anspruchsvoller. Das können wir nur schaffen, weil die einzelnen Dienststellen sehr gut eingespielt sind, sich unterstützen und auch über das Wochenende und teilweise nachts arbeiten. Ich komme zu den Vorstössen. Zur Anfrage A 813 von Gian Waldvogel: Samuel Zbinden hat eine Frage betreffend LUKB und Russland gestellt. Ich kann Ihnen das leider nicht beantworten, denn ich weiss es nicht, aber ich habe diese Frage Finanzdirektor Reto Wyss mitgegeben. Zum Postulat P 815 von Karin Stadelmann: Der Inhalt ist natürlich wichtig und richtig, aber am 24. Februar 2022 habe ich beschlossen, dass wir eine Taskforce Ukraine einsetzen. Wenn wir dieses Postulat angenommen hätten, dann hätten Sie sich sicher die Frage gestellt, was die Regierung so lange gemacht hat. Wir warten nicht auf Vorstösse, wir arbeiten. Inhaltlich sehe ich keine Probleme, im Gegenteil. Wir unterstützen das und fahren dies hoch. Es gibt hier aber Spielregeln, auch wegen des Datenschutzes. Die Gesetze sind einzuhalten. Die Erfassung geschieht zentral. Primär wollen wir die Bedürfnisse der Flüchtlinge befriedigen, alles andere ist sekundär. Die Zusammenarbeit mit den Gemeinden werden wir verstärken. Was wir wissen, geben wir weiter. Zum Postulat P 819 von Jörg Meyer: Es ist so, dass wir gewisse Dinge anpassen müssen. Zu den Deutschkursen habe ich mich schon geäussert. Wir brauchen differenzierte Ausbildungsgänge. Das wird aber erst in der Phase 2 oder 3 der Fall sein. Vor allem gehen wir davon aus, dass die Menschen länger bei uns sind. Bundesrätin Karin Keller-Sutter hat einmal von einem Jahr gesprochen, ich schätze, es wird noch länger dauern.